

Von Ratsmitglied Dr. Iris Kunadt

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung, verehrte Ratsmitglieder, sehr verehrte Bürgerinnen und Bürger!

Dank der besonderen Ereignisse in der Grünen-Fraktion im Juni 2024 darf ich heute eine eigene Haushaltsrede halten. Und ich möchte die Gelegenheit nutzen, den hier anwesenden Bürgern und der Presse die Fakten aufzuzeigen. Denn die Verantwortlichen scheuen sich, die Dinge klar beim Namen zu nennen und in der Öffentlichkeit zu diskutieren, wie es sich in einer Demokratie gehört.

Wie sieht die Haushaltslage der Gemeinde Nümbrecht aus?

Nümbrecht ist – seit Jahren – eine der am höchsten verschuldeten Kommunen in NRW.

Merken das die Nümbrechter? Ja, beispielsweise an den maroden Straßen und an den erheblich steigenden Grundsteuern. Kennen die Bürger das wahre Ausmaß und die tatsächliche Lage ihres Ortes? Wohl weniger.

Warum ist das so? Wo versickert das Geld?

Die Gemeinde leistet sich ein Park-Hotel, einen Sportpark und einen Golfplatz, der permanent durch Steuergelder mitfinanziert werden muss. Außerdem wurden vor Jahren SWAP-Geschäfte abgeschlossen, die die Gemeinde nach wie vor jährlich belasten.

Seit ich im Jahr 2020 als Ratsmitglied dazugestoßen bin, habe ich mit Staunen verfolgt, in welche Richtung der Bürgermeister, CDU, FDP und GUD die Gemeinde steuern.

Mehr Schein als Sein. Luftschlösser für alle, die dafür empfänglich sind.

Sie haben in den letzten Jahren ein Potemkinsches Dorf aufgebaut. Der Sportpark toll herausgeputzt, das Parkhotel mit einem neuen Café, das neue MVZ direkt neben dem Kurpark. Aber wie sehen die Bilanzen aus? Wie viel Geld müssen die Nümbrechterinnen und Nümbrechter da reinstecken? Belasten die Projekte den Haushalt der Gemeinde?

Die Wahrheit ist den Verantwortlichen lange bekannt, der Öffentlichkeit nicht: Sportpark und Golfplatz waren immer defizitär. Zwei aktuelle Gutachten haben gezeigt, dass Millionen in das Park-Hotel für Sanierung investiert werden müssen. Dem KMVZ fehlen Ärzte und damit liegt der Start und die Wirtschaftlichkeit resp. Vollauslastung in weiter Ferne.

Besonders dramatisch: Die Geschichte der AFE GmbH seit 2019.

Nur durch erhebliche Finanzspritzen der Gemeinde kann die AFE GmbH (Parkhotel/Sportpark/Golfplatz) seitdem am Leben gehalten werden. Alleine seit 2020 wurden rund 3 Mio. € Schulden gemacht, das heißt Steuergelder ins Parkhotel gesteckt. Das Geld war für den laufenden Betrieb und nicht für eine notwendige Sanierung verwendet. Die vom Rat verabschiedeten Liquiditätshilfen waren in Wahrheit verlorene Zuschüsse, die direkt das Eigenkapital der Gemeinde um 3 Mio. € verringert haben.

Das ist eine erhebliche Belastung, die nahezu geräuschlos über die Bühne gegangen ist.

Wieviel Geld die Nümbrechter schon in ihr Parkhotel/Sportpark und Golfplatz gesteckt haben, ist atemberaubend: Bereits 1999 wurde durch Ratsbeschluss eine bis heute gültige Steuererhöhung zugunsten der Finanzierung des Parkhotels beschlossen.

Hat die Übertragung des Sportparks in die GWN die Finanzlage der AFE GmbH gerettet? Weit gefehlt. Das aktuellste Testat der Wirtschaftsprüfer reicht genau bis zum 31.12.2025. Viele Millionen Euro müssen investiert werden, um das Parkhotel zu retten, und das bestreiten Sie auch gar nicht, Herr Bürgermeister. Nur die Frage, woher das Geld kommen soll, konnten Sie mir gestern nicht beantworten.

Entsteht hier im Ortskern vielleicht gerade eine Ruine oder was sind die wahren Pläne der Verwaltung und der CDU?

Es ist kein Kavaliersdelikt, die Bürgerinnen und Bürger über die wahren Verhältnisse der Gemeinde zu täuschen oder die Ratsmitglieder in die Irre zu führen. Warum herrscht so eine große Sprachlosigkeit, wenn es um die Finanzen der Gemeinde Nümbrecht geht? Warum sagen Sie den Nümbrechterinnen nicht die Wahrheit?

Während die Kommunalaufsicht in einem ihrer zahlreichen Briefe vom Prinzip Hoffnung spricht, würde ich sagen, es ist das Prinzip Täuschung, was hier seit vielen Jahren praktiziert wird. Das funktioniert nur durch eine unrechtmäßige Nichtöffentlichkeit, die in Nümbrecht an der Tagesordnung ist.

Können wir uns das leisten, diese defizitären Projekte mit Steuergeldern zu finanzieren?

Nein. Denn die Haushaltslage der Gemeinde ist katastrophal. Wer eine zukunftsfähige Gemeinde mit funktionierender Infrastruktur will, und Mobilität und Klimaschutz großschreibt, der muss realistisch sein und Konsequenzen ziehen.

Es gibt zum Glück Nümbrechterinnen und Nümbrechter, die sich ernsthafte Gedanken um die Zukunft der Gemeinde machen, Fragen stellen, nachrechnen, von ihrem Informationsrecht Gebrauch machen und die sich zusammenschließen wollen. Das Gutachten zum Haushaltsentwurf 2025/26 ist ein erster Beitrag dieser neuen Bürgerinitiative.

Das Gutachten zeigt auf, wie der Rat über die reale Finanzlage der Gemeinde Nümbrecht getäuscht wird, insbesondere durch überhöhte Ansätze bei den zu erwartenden Schlüsselzuweisungen. Die bereits heute bestehende Überschuldung von rd. 8 Mio. Euro wird demnach in den nächsten Jahren nicht abgebaut werden, sondern sich weiter erhöhen.

Der vorliegende Haushaltsentwurf verstößt gegen geltendes Recht, unter anderem, weil er wesentliche Aufwände und Auszahlungen, insbesondere für Swap-Geschäfte, sowie Risiken, insbesondere für die AFE GmbH, nicht darstellt und an vielen Stellen intransparent ist.

Ihr Bemühen, Herr Bürgermeister, für Lebensqualität und Freizeitaktivitäten im Kurort Nümbrecht zu sorgen, verstehe ich. Aber auch kommunale GmbHs müssen wirtschaftlich und nicht zu Lasten der Steuerzahler geführt werden, so steht es in der Gemeindeordnung. Daran geht kein Weg vorbei.

Das Gutachten ist den Ratsmitgliedern und der Verwaltung bekannt. Der vorliegende Haushaltsentwurf kann daher vom Gemeinderat nicht beschlossen werden. Dazu werde ich einen Antrag stellen. Denn die Grundlage unserer Zusammenarbeit ist die Gemeindeordnung NRW.

Herr Bürgermeister, die Bürgerinitiative wird Sie nicht aus der Verantwortung entlassen.

Ich werde meine Rede auf [HalloRathaus.de](https://halloRathaus.de) veröffentlichen und weiterhin dazu beitragen, dass die Fakten in die Öffentlichkeit getragen werden. Das ist mein grundlegendes Verständnis von Demokratie und meine Pflicht als Ratsmitglied.

Denn die Handlungs- und Zukunftsfähigkeit der Gemeinde steht auf dem Spiel.